

Humanität hat Vorrang?

Baden-Württemberg schiebt weiter Roma ab.

Wir setzen uns an der Seite der Flüchtlingsverbände, der Kirchen und anderer Initiativen für einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen ein“, heißt es Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung. Zwei Aktionen des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung fordern die Landesregierung auf, den Worten Taten folgen zu lassen. Bei beiden Aktionen geht es um den Schutz von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Serbien, Mazedonien, und Bosnien-Herzegowina: „Sichere Herkunftsstaaten“?

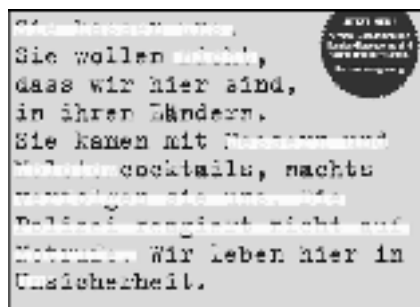
Am 30. April hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, nach dem Serbien, Mazedonien, und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden sollen. Dies hätte zur Folge, dass von vornherein vermutet wird, dass Asylanträge aus den genannten Ländern unbegründet sind. Außerdem wird eine gerichtliche Überprüfung von Asylablehnungen unmöglich gemacht, weil die Betroffenen in der Regel abgeschoben werden können, bevor das Gericht entscheidet.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren den Gesetzentwurf scharf. In einem Appell, den zahlreichen BürgerInnenrechtsorganisationen, Rechtsanwaltsvereinigungen, Flüchtlingsräte sowie Sinti- und Roma-Verbände unterzeichnet haben, heißt es: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zielt allein darauf ab, die unerwünschten Roma möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben, in denen sie systematisch diskriminiert und in vielen sozialen Belangen massiv benachteiligt und ausgegrenzt werden. Entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung, sich für die Roma-Minderheiten einzusetzen, bleibt die existenzbedrohende Lage von Roma in Südosteuropa ohne Konsequenz.“

Auch das UN-Flüchtlingskommissariat sowie das Deutsche Institut für Menschenrechte lehnen die Gesetzesände-

rung ab. Ein Gutachten des Asylrechts-Experten Dr. Reinhard Marx kommt zu dem Ergebnis, dass die Änderung nicht mit dem Grundgesetz und europarechtlichen Vorgaben vereinbar ist.

Das Gesetz muss sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat beschlossen werden. Während die Zustimmung des Bundestags als sicher gilt, verfügen SPD und CDU im Bundesrat nicht über eine absolute Mehrheit. Spannend ist also, wie sich die Landesregierungen verhalten, an denen Linkspartei und Grüne beteiligt sind. In Baden-Württemberg hat die sozialdemokratische Integrationsministerin Bilkay Öney sich bereits positiv zur Gesetzesänderung geäußert. Der grüne Abgeordnete Daniel Lede Abal gehört hingegen zu den



Postkarten der Protestaktion

Kritikerinnen und Kritikern. Um Druck auf die Landesregierung aufzubauen, hat das Freiburger Forum ‚aktiv gegen Ausgrenzung‘ eine Postkartenaktion gestartet, mit der Ministerpräsident Winfried Kretschmann aufgefordert wird, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen.

Doch dabei will es das Freiburger Forum nicht belassen. In einem offenen Brief fordert es die Landesregierung darüber hinaus auf, Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen. Die erforderliche Rechtsgrundlage findet sich in § 23 des deutschen Aufenthaltsgesetzes. Danach kann das Landesinnenministerium einer bestimmten Gruppe ein Aufenthaltsrecht aus humanitären

Gründen erteilen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat dazu jüngst erläutert: „Das Tatbestandsmerkmal der ‚humanitären Gründe‘ betrifft Fälle, in denen zwar keine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, Deutschland aber aufgrund besonderer Umstände eine

Humanitäres Aufenthaltsrecht aus historischer Verantwortung

Eine solche moralische Verpflichtung ergibt sich nach Ansicht des Freiburger Forum aus der historischen Verantwortung Deutschlands. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden hunderttausende europäische Roma umgebracht: Eine historische Schuld, die lange geleugnet, aber inzwischen auch von Bundes- und Landesregierung anerkannt wurde. Im Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, heißt es: „Die grausame Verfolgung und der Völkermord durch das nationalsozialistische Regime brachten unermessliches Leid über Sinti und Roma in unserem Land und zeitigen Folgen bis heute. Dieses Unrecht ist erst beschämend spät politisch anerkannt und noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Auch der Antiziganismus ist noch immer existent und nicht überwunden.“

Solange aus der anerkannten Verantwortung keine praktischen Konsequenzen gezogen werden, bleiben solche Bekenntnisse genauso wie der Koalitionsvertrag mit dem proklamierten Vorrang der Humanität vor allem eins: Papiertiger. Roma werden weiter ins Elend abgeschoben.

David Werdermann

Protestpostkarten liegen u.a. im Studierendenhaus (Belfortstr. 24) aus. Der offene Brief kann unter www.freiburger-forum.net unterzeichnet werden.